

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

September 2010



Das Lernen gelingt nicht immer allen Vätern

Die Integration der Zuwanderer – so meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Tagen der Erregung über Thilo Sarrazin – sei doch aufs Ganze gesehen gelungen. Daher sei es in keiner Weise hilfreich, dass die Integrationsleistung der Zuwanderer nun aus dem immerhin nicht ganz politikfernen Raum angezweifelt werde. Die Bundeskanzlerin benannte Orte des Lernens von hohem Wert, in denen sich das Bemühen um Integration in besonders erfreulichem Maße zeige: die Schulen.

Da hat Angela Merkel recht: Fürs Lernen sind die Schulen da. Man darf aber bezweifeln, ob die Bundeskanzlerin ausreichend Zeit hat, sich in den Schulen gründlicher darüber zu informieren, wie es in der Breite der Grundschullandschaft um die Integrationsbereitschaft steht – und zwar nicht um die Integrationsbemühungen des Lehrpersonals und auch nicht um die Hilfsbereitschaft der eingesessenen Bevölkerung; da sind anrührende Bemühungen um Integrationshilfen zu beobachten. Die Erfahrung, auch das soziale Lernen gelinge am besten in der Schule, erfährt hier eine eindrucksvolle Bestätigung.

Und die Angebote werden angenommen. Von den Schülern und von den Müttern, die häufig mit nur geringen deutschen Sprachkenntnissen bemüht sind, Kontakte mit den Lehrern und den Eltern deutscher Mitschüler ihrer Kinder aufzunehmen. Wer die Szenen der teilweise nur mühsam zustande kommenden Verständigung vor Augen hat, der wird nicht am Integrationswillen dieser Frauen zweifeln. Aber jeder, der sich in Gespräche zu diesem Thema mit Eltern und Lehrern begibt, hat auch polternd auftretende Vätern erlebt: Schwimmen nein, Biologie nein, Schulausflug mit – von Lehrerinnen und Lehrern sorgfältig beaufsichtigtem – Nachtlager in einer Jugendherberge schon gar nicht.

Das sind Erfahrungen, die nicht weit entfernt sind von Sarrazins These der noch nicht überall gelungenen Integration.

Hans D. Barbier

Defizit-Wachstum

Trotz Wirtschaftsaufschwung hat sich das Defizit des Bundes im ersten Halbjahr 2010 mehr als verdoppelt. Der „Kernhaushalt“ wies einen Fehlbetrag von 32,9 Milliarden Euro aus, teilt das Statistische Bundesamt mit. Ein Jahr zuvor hatte das Minus 14,7 Milliarden Euro betragen. Die hohen Kosten für Konjunkturprogramme und Bankenrettung sind in den Daten noch nicht enthalten. Sie werden in Extrahaushalten wie dem Finanzmarktstabilisierungsfonds oder dem Investitions- und Tilgungsfonds – geführt und erst Ende September veröffentlicht.

Das hohe Defizit des Bundes ist vor allem auf steigende Ausgaben zurückzuführen. Sie erhöhten sich um 18,5 Milliarden auf 170,2 Milliarden Euro (plus 12,2 Prozent), während die Einnahmen nur

um 0,2 Prozent auf 137,3 Milliarden Euro zulegten.

Neben einem höheren Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit hat auch der höhere Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds die Schulden in den ersten sechs Monaten des Jahres erhöht. Die 16 Bundesländer verringerten ihr Defizit dagegen um 4,2 Milliarden auf 11,2 Milliarden Euro.

www.destatis.de

Hinaus in die Ferne...

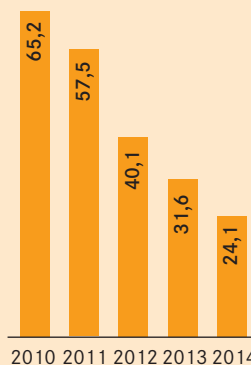
Die Internationalisierung der deutschen Hochschulen ist gemäß der Studie „Wissenschaft weltoffen“ Teil eines globalen Trends. Weltweit haben sich rund drei Millionen Studierende an Hochschulen außerhalb ihres Heimatlandes eingeschrieben. Deutschland ist – nach den USA und Großbritannien – dritt wichtigstes Gastland.

Im Jahr 2009 waren insgesamt 240 000 ausländische Studierende an Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland immatrikuliert – 6 000 mehr als im Jahr zuvor. Damit hat etwa jeder achte Studierende einen ausländischen Pass. Die meisten von ihnen stammten aus China, danach folgten russische, polnische und bulgarische Studierende.

Aber auch die deutschen Studierenden sind mobil. 2007 haben insgesamt 90 000 von ihnen an einer ausländischen Hochschule studiert, bevorzugt in den Nachbarländern Nieder-

Neuverschuldung

Finanzplanung, Stand: Juli 2010
in Milliarden €



Quelle: Bundesmin. der Finanzen

lande, Österreich, Großbritannien und Schweiz. Das entspricht einer Steigerung von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr.

www.wissenschaft-weltoffen.de

Wirtschaftskrise schützt Klima

Der Gesamtausstoß aller Treibhausgase – CO₂, Methan, Lachgas u.a. – ist in Deutschland nach Berechnungen des Umweltbundesamtes im Jahr 2009 gegenüber 2008 um etwa 80 Millionen Tonnen gesunken. Gegenüber 1990 hat Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis Ende 2009 um 28,7 Prozent gesenkt. Damit ist das im Kyoto-Protokoll festgelegte Ziel vorzeitig erfüllt, demzufolge die Bundesrepublik ihre Emissionen von 1990 bis 2012 um 21 Prozent reduzieren muss.

Im Industriebereich und im verarbeitenden Gewerbe – hauptsächlich in den energieintensiven Branchen – gingen die Emissionen um 20 Prozent zurück. Durch den deutlichen Rückgang der Stromnachfrage aus der Industrie gingen die Emissionen aus der Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung ebenfalls stark zurück. Bei den CO₂-Emissionen aus Haushalten sowie aus Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungssektor zeigen sich die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise dagegen nicht oder nur in geringem Umfang. Die von Politik und Autoindustrie hochgelobte „Abwrackprämie“ für alte Pkw hatte im Jahr 2009 ebenfalls kaum einen Effekt auf die im Verkehrsbereich verursachten Treibhausgasemissionen.

www.umweltbundesamt.de

Seid verschlungen, Milliarden!

Die sogenannte Nettoneuverschuldung soll im kommenden Jahr 57,5 Milliarden Euro betragen. Das heißt, fast jeder vierte Euro im Etat wird nicht durch Einnahmen gedeckt. Zweitgrößte Position im Bundeshaushalt ist – nach dem Sozialetat – die Zinslast, mit der die Schulden der Vergangenheit bedient werden müssen. Doch woher bekommt der Staat das Geld?

Um die Finanzierungslücke zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben zu schließen, will Bundesfinanzminister Schäuble im nächsten Jahr 57,5 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen. In diesem Jahr sollen es zur Deckung der Finanzierungslücke laut Eckdaten des Finanzplans – Stand Juli 2010 – voraussichtlich 65 Milliarden Euro sein. Allein der Bund und seine Sondervermögen sind mit mehr als 1 000 Milliarden Euro verschuldet. Insgesamt steht der Staat – Bund, Bundesländer, Städte und Gemeinden – mit rund 1,7 Billionen Euro in der Kreide: eine Zahlenkolonne mit 13 Ziffern. Trotzdem macht die Bundesregierung weiter neue Schulden.

Manager für Staatsschulden

Vor zehn Jahren beschloss das Bundesfinanzministerium – damals hieß der Finanzminister Hans Eichel –, die Schuldenverwaltung des Staates zu modernisieren. Für diesen Zweck wurde im Juni 2001 die „Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH“ gegründet. Unmittelbarer Anlass war die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung: Durch die einheitliche europäische Währung traten am europäischen Finanzmarkt zwölf

staatliche Emittenten in gleicher Währung auf. Auch die Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten machten es nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich, das Schuldenmanagement des Bundes zu „professionalisieren“.

Anstelle von Beamten organisieren in der Agentur nun angestellte Fachleute für Finanz- und Kapitalmärkte die Staatsschulden. Die Finanzagentur ist ausschließlich für einen Auftraggeber – die Bundesrepublik – tätig. Die privatrechtlich organisierte Institution mit rund 300 Mitarbeitern, deren alleiniger Gesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist – vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen –, soll die Haushalts- und Kassenfinanzierung des Bundes managen.

Diese Aufgaben wurden bis 2001 dezentral vom Bundesministerium der Finanzen, der Deutschen Bundesbank und der Bundeswertpapierverwaltung wahrgenommen. Kontrolliert werden Kreditaufnahme und Schuldenmanagement nach wie vor vom Bund selbst. Zusätzlich unterliegt die Kreditaufnahme des Bundes der parlamentarischen Kontrolle. Haushaltsexperten des Bundestages, zusammengefasst im „Bundesfinanzierungsgremium“, wachen darüber.

Dienstleister in Sachen Geld

Ausgangspunkt der jährlichen Finanzplanungen ist der Bundeshaushalt, der alle voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Bundes enthält. Im Dezember wird eine „Jahresvorausschau“ aufgestellt; dieser Vorschau entsprechend gibt die Finanzagentur im Laufe des Jahres Bundeswertpapiere aus. Die Käufer dieser Papiere sind die Geldgeber der Bundesrepublik Deutschland. Um Schwankungen auf dem Konto auszugleichen, nimmt die Agentur – gemäß den Informationen aus dem Bundesfinanzministerium – auch kurzfristige Kredite auf.

Der Geschäftssitz der Finanzagentur ist Frankfurt am Main. Die Finanzexperten dort besorgen zum einen das Geld für die Neuverschuldung, müssen aber auch die Altschulden im Blick haben: Im 3. Quartal 2010 sind zum Beispiel für Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen insgesamt 66 Milliarden Euro notwendig. Fehlt das Geld in der Staatskasse, müssen die fälligen Altkredite durch neue Schulden gedeckt werden. Das bedeutet, dass die Finanzagentur rechtzeitig vor den entsprechenden Fälligkeitsterminen die entsprechenden Milliarden aktivieren muss.



„Die heutige Politik der Verschuldung, der bewussten Überschuldung, ist meiner Ansicht nach eine hochexplosive Politik. Der Bürger wird erfahren, dass er die Schulden – die der Staat macht und die er nach außen deklariert zum Wohle des Volkes –, selber wird zu bezahlen haben.“

Ludwig Erhard

Wann genau das Geld benötigt wird, gibt sie rund ein Viertel Jahr vorher im „Emissionskalender“ bekannt. Darin steht, an welchem Tag welche Art von staatlichen Wertpapieren ausgegeben wird, welche Laufzeit sie haben und wie viel Geld zusammenkommen soll.

Drei, zwei, eins...

Im sogenannten Tendersverfahren können ausgewählte Banken bei einer Online-Auktion Wertpapiere ersteigern. 33 Banken aus dem In- und Ausland gehören dazu, zum Beispiel Barclays, die Bayerische Landesbank oder die Deutsche Bank. Neben einer europäischen Banklizenz wird von den Mitgliedern der Bietergruppe erwartet, dass sie „mindestens 0,05 Prozent der in einem Kalenderjahr in den Tenders insgesamt zugeleiteten und laufzeitabhängig gewichteten Emissionsbeträge übernehmen“.

Die Online-Auktionen finden montags oder mittwochs statt. Bis 11.00 Uhr können die Banken ihre Angebote für die entsprechenden Wertpapiere online abgeben. Zum Beispiel möchte eine Bank Bundeswertpapiere für 100 Millionen Euro kaufen und dafür einen Zinssatz von 0,7 Prozent erhalten. Eine andere Bank will ebenfalls für 100 Millionen Euro kaufen, wäre aber mit einem Zinssatz von 0,65 Prozent zufrieden; der niedrigere Zinssatz würde dem Bund immerhin 50 000 Euro sparen.

Kurz nach elf Uhr steht das Ergebnis fest und wird den Zinssätzen nach sortiert. Anschließend werden die Ange-

bote zusammengezählt, bis eine vorher festgelegte Summe erreicht ist, zum Beispiel drei Milliarden Euro. Die Banken mit den niedrigsten Zinssätzen bekommen den Zuschlag, die restlichen gehen leer aus. Zwei Tage nach der Auktion werden die Wertpapiere per Mausklick an die Banken zugeteilt. Im Gegenzug überweisen die Banken die vereinbarte Summe auf das Konto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank.

Wer kauft die Staatspapiere?

Die Banken kaufen die Wertpapiere nicht nur für sich selbst, sondern häufig im Kundenauftrag, beispielsweise für einen Pensionsfonds oder eine Versicherung. Auch diese behalten die Wertpapiere nicht zwangsläufig bis zum Ende der Laufzeit, sondern handeln eventuell damit. Daher ist es nicht möglich zu sagen, bei wem die Bundesrepublik letztendlich verschuldet ist. Schätzungen gehen davon aus, dass rund zwei Drittel der Wertpapiere im Ausland gehalten werden, vor allem in europäischen Nachbarländern sowie in Asien und Südamerika. Neben den institutionellen Anlegern erwerben aber auch

Privatkunden Bundesschatzbriefe, Finanzierungsschätze, Bundesobligationen oder Tagesanleihen der Finanzagentur. Rund 400 000 Kundenkonten verwaltet die Finanzagentur derzeit.

Trotz einer Rekordverschuldung von insgesamt 1,7 Billionen Euro gilt Deutschland nach wie vor als guter Schuldner, der zuverlässig seine Kredite zurückzahlt, auch wenn er sich das Geld dafür wieder bei jemand anderem leihen muss. Die Bundesfinanzagentur beobachtet sogar, dass die Bundeswertpapiere gerade in der Krise besonders stark nachgefragt werden. Auch deswegen muss der Bund für seine Wertpapiere weniger Zinsen zahlen als andere europäische Staaten.

Alte Schulden, neue Schulden

Doch auch wenn Deutschland (noch) relativ einfach Geld geliehen bekommt, belasten die Schulden den Bundeshaushalt. So waren die Zinsen, die 2009 gezahlt werden mussten, einer der größten Ausgabenposten: mehr als 41 Milliarden Euro. Der gesamte Schuldenstand hat inzwischen 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, das bei rund 2,5 Billionen Euro liegt. Bisher wurden in der Schuldengeschichte der Bundesrepublik erst ein Mal Schulden abgebaut – allerdings nur auf Bundesebene: Anfang 2001 flossen knapp 51 Milliarden Euro aus den Verkäufen der UMTS-Mobilfunklizenzen in die Schuldentilgung.

Trotzdem gilt die Bundesrepublik auf den Kapital-

märkten weiterhin als besonders kreditwürdig. Die Finanzkrise und die hohe Verschuldung der Euro-Staaten haben das Vertrauen nicht geschmälert, im Gegenteil, Deutschland profitiert: Anfang September betrug die Rendite portugiesischer und irischer Staatsanleihen mit zehn Jahren Laufzeit 5,7 Prozent, griechische Papiere mussten sogar mit 11,6 Prozent Zins locken, um Käufer zu finden. Zehnjährige deutsche Staatspapiere rentierten dagegen mit 2,4 Prozent – die Bundesrepublik kommt also wesentlich günstiger an Geld als ihre europäischen Nachbarn.

Endlose Schuldenspirale?

Dennoch: Inzwischen müssen jedes Jahr 200 Milliarden Euro der Bundesschuld getilgt werden, Tendenz steigend. Das Emissionsvolumen der Finanzagentur ist von 186 Milliarden Euro im Jahr 2002 – dem ersten Jahr, in dem die Agentur für ein vollständiges Kalenderjahr handelte – auf 340 Milliarden Euro in diesem Jahr angestiegen.

Mit jeder Neuverschuldung steigt die notwendige Summe, die die Finanzagentur im Auftrag des Bundes beschaffen muss, ebenfalls. Die problematische Folge: Die Staatsverschuldung wächst weiter. Das ist nicht der Finanzagentur vorzuwerfen, denn sie verwaltet die Schulden nur im Auftrag der Bundesregierung. Damit dürften zumindest die staatlich beauftragten Schuldenmanager in den kommenden Jahren weiterhin einen sicheren Arbeitsplatz haben.

Andreas Schirmer

Staatsverschuldung		
	in Milliarden Euro, jeweils zum 31.12.	
	Gesamt	nur Bund
1970	62,9	28,5
1980	236,6	153,4
1990	536,2	277,2
2000	1 198,2	715,6
2005	1 447,6	888,0
2008	1 517,1	956,9
2010	1 692,2	1 053,8
Quelle: Statistisches Bundesamt		



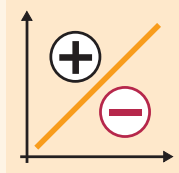
„Die heute praktizierte Form der Demokratie ist zunehmend ein Synonym für den Prozess des Stimmenkaufs und für das Schmieren und Belohnen von unlauteren Sonderinteressen, ein Auktionssystem, in dem alle paar Jahre die Macht der Gesetzgebung denen anvertraut wird, die ihren Gefolgsleuten die größten Sondervorteile versprechen.“

Friedrich August von Hayek

IM KLARTEXT

September 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im September 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊖

Im August, kurz vor dem Start ins Berufsausbildungsjahr 2009/2010, waren noch 70 300 Ausbildungsstellen unbesetzt, 5 000 mehr als im Vorjahr. Der Anstieg zeigt sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Als noch unversorgt zählten im August 97 400 Bewerber, 10 300 (zehn Prozent) weniger als im vorherigen Ausbildungsjahr.

Trotz leichter Entspannung sollen – neben Ausbildungs-pakt und diversen Qualifizierungsoffensiven – demnächst auch Bildungslotsen zum Einsatz kommen. Bundesbil-

dingsministerin Annette Schavan hatte im Frühsommer angekündigt, in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit bundesweit 3 200 haupt- und ehrenamtliche „Berufseinstiegsbegleiter“ einzusetzen. Sie sollen bis zu 60 000 Hauptschüler kontinuierlich mehrere Jahre lang betreuen. Ob's dann auch genug Lehrstellen gibt? Immerhin beteiligen sich nach wie vor weniger als ein Viertel aller Unternehmen in Deutschland aktiv an der beruflichen Ausbildung.

Eigenverantwortung ⊕

Schüler, Auszubildende, Studenten und Berufstätige im Alter zwischen 14 und 25 Jahren sparen – entgegen dem verbreiteten Bild – gut ein Fünftel (20,4 Prozent) ihres verfügbaren Einkommens. Von durchschnittlich 480 Euro, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen monatlich zur Verfügung stehen, legten sie 98 Euro zurück. Damit ist der Sparanteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich höher als die Sparquote der privaten Haushalte

Sparformen

der 14- bis 29-Jährigen, in Prozent	
Sparbuch/-card	66
Tagesgeld	34
Bausparen	25
Riester-Rente	15
Lebensversicherung	11
Aktien/Fondsanteile	9

Quelle: Deutsche Bank AG

in Deutschland, die 2009 laut Deutscher Bundesbank bei 11,3 Prozent lag.

Bemerkenswert ist der Umfrage der Deutschen Bank AG zufolge, dass auf breiter Front gespart wird: Vier von fünf Jugendlichen legen regelmäßig Geld auf die hohe Kante. Die Einnahmen stammen aus Taschengeld, Nebenjobs, Ausbildung und Berufstätigkeit.

Geldwertstabilität ⊖

Stabile Preise und eine stabile Währung sind einer Umfrage der R+V Versicherung nach für die Deutschen der Inbegriff von Sicherheit. Die Versicherung hatte zum 20. Mal nach den größten Ängsten gefragt; wirtschaftliche Sorgen allgemein gehörten zu den erstplat-

zierten Themen. Die Angst vor der Inflation ist im Vergleich zur Vorjahresbefragung um fünf Prozentpunkte gestiegen und lag mit 68 Prozent auf Platz 1 der diesjährigen Ängste-Rangliste. Ebenso ist die Zahl derer gestiegen, die befürchten, dass die Politiker überfordert sind und die akuten Probleme nicht mehr in den Griff bekommen – und das, obwohl die Politik mehr und mehr in den Alltag eingreift. 83 Prozent der befragten Bürger bewerteten die Arbeit der Politiker mit den Schulnoten „ausreichend“, „mangelhaft“ und „ungenügend“; im Vorjahr gaben nur 75 Prozent diese schlechten Noten.

Ängste 2010

Die Deutschen fürchten sich vor ... (Mehrfachnennungen möglich)	
Inflation	68 %
schlechterer Wirtschaftslage	67 %
Naturkatastrophen	64 %
Überforderung der Politiker	62 %
Pflegefall im Alter	61 %
höherer Arbeitslosigkeit	61 %
schwerer Erkrankung	57 %

Quelle: R+V Versicherungen

Lehrstellenbilanz

Ausbildungsjahr	2009/2010	2008/2009
gemeldete Bewerber		
gesamt	534 605	536 783
versorgt	437 244	429 080
unversorgt	97 361	107 703
gemeldete Ausbildungsplätze		
gesamt	445 914	436 208
betrieblich	418 464	405 997
außerbetriebl.	27 450	30 211
unbesetzt	70 278	65 256

Stand: August
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard